

Streiks | 04.06.2015 | Lesezeit 2 Min.

Brave Briten

Angesichts geschlossener Kindergärten und stillstehender Züge warnt manch einer bereits vor „britischen Verhältnissen“ in Deutschland. Dabei ist es schon einige Jahrzehnte her, dass weite Teile des öffentlichen Lebens auf der Insel durch permanente Arbeitskämpfe lahmgelegt wurden.

In den 1970er Jahren reihte sich im Vereinigten Königreich ein Streik an den anderen: Mehr als 400 Gewerkschaften – darunter viele Spartengewerkschaften, die nur einzelne Berufsgruppen vertraten – verfolgten damals rigoros ihre Interessen und führten die Insel an den Rand des wirtschaftlichen Abgrunds.

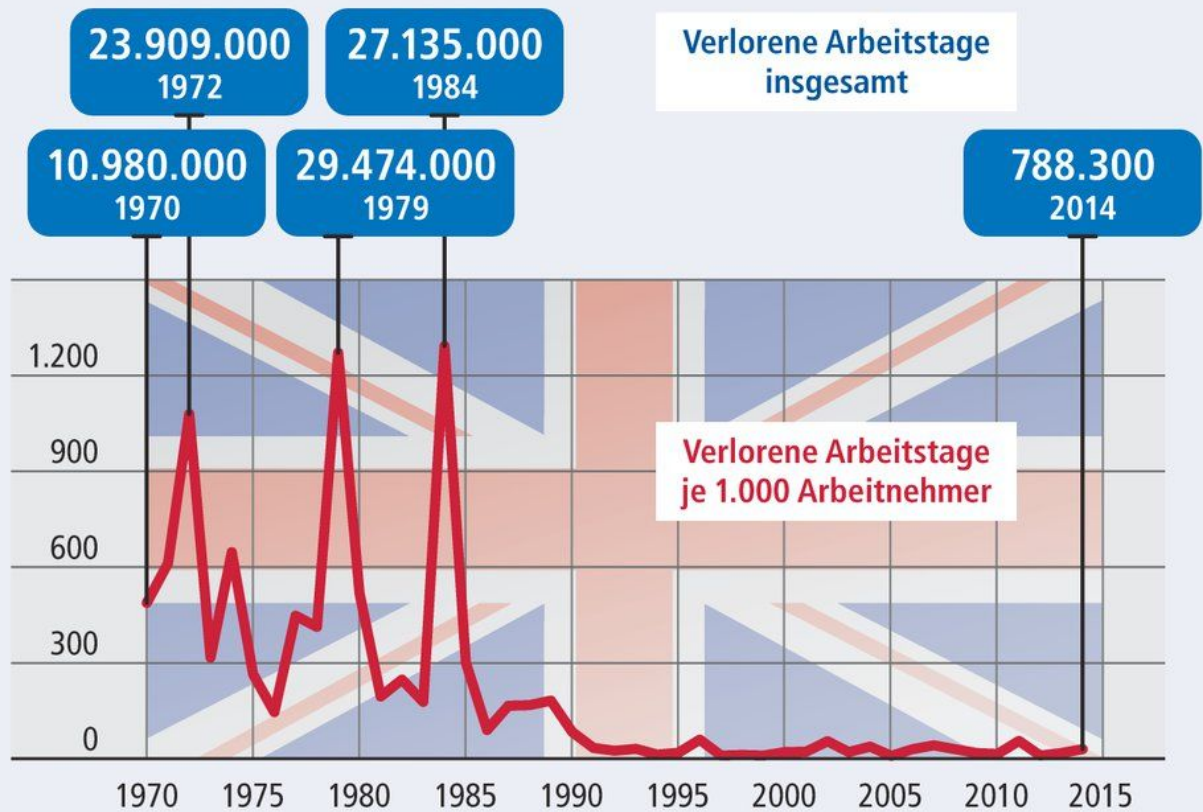
Allein zwischen 1970 und 1979 fielen im Jahresdurchschnitt annähernd 13 Millionen Arbeitstage durch Streiks und Aussperrungen aus.

Zum Vergleich: In Deutschland waren es in dieser Zeit gerade mal knapp 1,3 Millionen Arbeitstage pro Jahr. Umgerechnet auf 1.000 Beschäftigte entspricht dies 52 verlorenen Arbeitstagen jährlich, in Großbritannien waren es mit 569 Tagen mehr als zehnmal so viele.

Den Streikhöhepunkt bildete der „Winter of Discontent“ 1978/79. Als Antwort auf den Versuch der Labour-Regierung, die hohe Inflationsrate zu bekämpfen, dehnten sich die Proteste der Gewerkschaften immer weiter aus. So gingen 1979, auf dem Höhepunkt der Streikwelle, mehr als 29 Millionen Arbeitstage durch Ausstände verloren (Grafik).

Großbritanniens Streikchronik

So viele Tage streikten die Arbeitnehmer im Vereinigten Königreich



Quellen: Internationale Arbeitsorganisation, Office for National Statistics

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 23

Die vielen Streiks führten zum Rücktritt des britischen Premiers James Callaghan und zum überwältigenden Wahlerfolg der Tories unter Margaret Thatcher im Mai 1979. Mithilfe umfassender Reformen, bekannt auch unter dem Stichwort „Thatcherismus“, gelang in den 1980er Jahren eine bemerkenswerte wirtschaftliche Renaissance.

Einige Teile der Reformen betrafen das bis dahin weitgehend unkontrollierbare Treiben der Gewerkschaften. Diese hatten im Winter of Discontent die Wirkung ihrer

Streiks durch Blockaden nicht bestreikter Betriebe verstärkt. So wurden Unternehmen lahmgelegt, die sich nicht direkt bestreiken ließen. Um dies zu verhindern, erließ die Regierung unter Margaret Thatcher eine Reihe von Gesetzen:

Employment Act I: Mit diesem 1980 erlassenen Gesetz wurden Streikposten auf den eigenen Betrieb beschränkt, Sympathie- und Solidaritätsstreiks verboten, die gewerkschaftliche Immunität bei Gesetzesverstößen aufgehoben, Urabstimmungen vor Streiks vorgeschrieben und das „Closed Shop“-Prinzip aufgebrochen – bis dahin durften Arbeitnehmer vom Arbeitgeber nur dann angestellt werden, wenn der neue Mitarbeiter einer im Betrieb vertretenen Gewerkschaft beitrug.

Employment Act II: Zwei Jahre später wurden die rechtliche Zulässigkeit von Streiks neu definiert und politische Streiks ausgeschlossen. Außerdem wurden Aufträge verboten, die vorschrieben, dass nur gewerkschaftliche organisierte Firmen zum Zug kommen durften.

Bis 1990 wurden in Großbritannien drei weitere Gewerkschafts- und Arbeitsmarktgesetze verabschiedet, die den gewerkschaftlichen Einfluss zurückgedrängt haben. Zwar führte ein einjähriger Bergarbeiterstreik 1984/85 noch einmal zu 27 Millionen Ausfalltagen. Dennoch ging die Zahl der verlorenen Arbeitstage zwischen 1980 und 1989 deutlich zurück: auf jahresdurchschnittlich 7,2 Millionen Tage. Zwischen 1990 und 1999 fielen dann nur noch 660.000 Tage aus. Aufgrund des Thatcherismus gehört Großbritannien auch heute noch zu den Ländern, in denen vergleichsweise stabile Arbeitsbeziehungen herrschen.

Kernaussagen in Kürze:

- Es ist schon einige Jahrzehnte her, dass in Großbritannien das öffentliche Leben durch Arbeitskämpfe lahmgelegt wurde.
- Den Streikhöhepunkt bildete der "Winter of Discontent" 1978/79.
- Seit den 1990ern ging die Zahl der verlorenen Arbeitstage auf jahresdurchschnittlich 7,2 Millionen Tage zurück.